Thomas Grädler .

Die Möglichkeiten der globalen Belastung von Unternehmen im deutschen Recht

dargestellt am Beispiel der englischen floating charge

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Abkür	zungsverzeichnis	XV
A Ein	führung	1
[.	· ·	
Π.	Forschungsstand, Methodik, Gang der Untersuchung	
• • • •	1. Forschungsstand	
	2. Methodik	
	3. Gang der Untersuchung	
B. Die	englische floating charge	11
Ι.	Historische Entstehung und rechtliche Grundlagen	
	1. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung	
	des Kreditsicherungsrechts	12
	2. Voraussetzungen für die Anerkennung der floating charge a) Die Gesetzgebung des Companies Clauses Consolidatio	15
	Act 1845	15
	b) Holroyd v Marshall als wegbereitende Entscheidung	
	des House of Lords	16
	3. Die Anerkennung der <i>floating charge</i> und deren	
	Rechtsgrundlagen	18
П.	Die Stellung im System des englischen Kreditsicherungsrech	
	1. Die <i>floating charge</i> als vertragliches Sicherungsrecht	
	der Equity	21
	2. Die Abgrenzung der floating charge von der flxed charge.	22
	a) Der von den Parteien vereinbarte Belastungsinhalt	
	b) Die Bezeichnung der Sicherungsgegenstände als Indiz	
111.		
	1. Die möglichen Sicherungsgeber	
	a) Die Restriktionen der Bills of Sale Acts 1878 und 1882.	
	b) Die Erweiterung der möglichen Sicherungsgeber	
	2. Die möglichen Sicherungsnehmer	
ıv		

	1. Die ursprünglich ausschließliche Absicherung	
	von debentures	31
	2. Die Erweiterung sicherbarer Forderungen	
	3. Akzessorietät und die sicherbaren Forderungen	
	im Einzelnen	35
V.	Der Sicherungsgegenstand	
	1. Belastbare Vermögenswerte	
	2. Nicht belastbare Vermögenswerte	
	3. Extraterritoriale Vermögenswerte	42
Vl.	Die Voraussetzungen für die Bestellung einer floating charge.	43
	1. Die Befugnis der Gesellschaft zur Bestellung	
	einer floating charge	43
	2. Anforderungen an die Sicherungsabrede	44
	a) Inhalt der Sicherungsabrede	44
	b) Form der Sicherungsabrede	45
	3. Registrierungserfordernisse	
	a) Register der Gesellschaft	46
	b) Öffentliches Register	47
	aa) Die Registrierungspflicht bei inländischen Sachverhalten	48
	bb) Die Registrierungspflicht bei extraterritorialen Sachverhalten	
	cc) Die Rechtsfolgen bei Ausbleiben der Registrierung	
	c) Weitere Registricrungserfordernisse	
	4. Nichtigkeitsgründe	
VII.	Die Rechtswirkungen der floating charge	
	1. Das Phänomen der Kristallisation	
	a) Richterrechtliche Kristallisationsgründe	
	b) Individualvertragliche Kristallisationsgründe	
	2. Rechtswirkungen vor der Kristallisation	60
	a) Die Umschreibung der floating charge	
	vor der Kristallisation	
	b) Die Verfügungsfreiheit des Sicherungsgebers	61
	c) Die Zulässigkeit von Verfügungsbeschränkungen	
	in der Sicherungsabrede	63
	d) Die dogmatische Begründung der Rechtsposition	
	des Sicherungsnehmers	
	e) Die Rechtsstellung des Sicherungsnehmers	72
	f) Die Kollision mit anderen Sicherungsrechten	
	und Gläubigern	73
	3. Rechtswirkungen nach der Kristallisation	
	a) Die Transformation in eine fixed charge	77
	b) Die Kollision mit anderen Sicherungsrechten	
	und Gläubigern	79

	c) Die Realisierung der Sicherheit durch >	
	den Sicherungsnehmer	82
	aa) Gerichtliche Bestellung eines receiver	
	bb) Außergerichtliche Bestellung eines administrative receiver	
	cc) Andere Formen der Verwertung	88
VIII.	Rechtliche und ökonomische Bewertung der floating charge	
	1. Die ursprüngliche Form der floating charge	
	2. Bedeutungsverlust infolge judikativer und legislativer	
	Einschränkungen	91
	3. Reformdiskussion und heutige Bedeutung	
	im englischen Kreditsicherungsrecht	94
	Wirkungen der floating charge nach deutschem Recht	
	ge lata	
1.	Die Unmöglichkeit einer Unternehmensbelastung de lege lata	
Ħ.	Die Kombination verschiedener Einzelsicherheiten	
	1. Anforderungen an die zu kombinierenden Sicherheiten	100
	a) Besitzlose Sicherheiten und die Verfügungsfreiheit	
	des Sicherungsgebers	101
	b) Global wirkende Sicherheiten	101
	2. Die exemplarische Kombination ausgewählter	
	besitzloser Sicherheiten	
	a) Die Erfassung der Immobilien	102
	b) Die Erfassung der Mobilien	111
	c) Die Erfassung der Forderungen	123
	d) Die Erfassung sonstiger Rechte	
	e) Zwischenergebnis	
	3. Rechtliche Grenzen der Kombination von Einzel-	
	sicherheiten de lege lata	134
	4. Abweichungen von der angestrebten Funktionsäquivalenz	
	durch die Kombination von Einzelsicherheiten	138
	a) Die Unüblichkeit der Verwendung des Firmenwerts	
	als Sicherungsgegenstand	139
	b) Die Bestellung eines Unternehmensverwalters	,,
	zum Zwecke der Verwertung	139
	c) Der rechtliche Bestandsschutz der Sicherungsrechte	140
III.	Fazit	
111.	razit.,,,,	1792
D. Ein s	globales Sicherungsrecht an Unternehmen de lege ferenda	143
I.	Sinn und Zweck der einheitlichen Belastung	
	des Unternehmens	143
IJ.	Die Hindernisse einer einheitlichen Belastung	
	nach deutschem Recht de lege lata	146

	. Das Omemennen als Rechtsoojekt einer-	
	einheitlichen Belastung	147
	a) Konkretisierung des Unternehmensbegriffs	
	und begriffliche Abgrenzungen	147
	aa) Der Begriff des Unternehmens im Sprachgebrauch	
	bb) Der Versuch einer systematisch begründeten Konkretisierung	
	(1.) Systematische Konkretisierung durch die Definition	
	des Unternehmers	150
	(2.) Die Struktur der §§ 1 ff. HGB	
	cc) Definitionsversuche der höchstrichterlichen Rechtsprechung	152
	dd) Schlussfolgerungen und der Versuch einer eigenen Definition	
	b) Das Unternehmen als Gegenstand einer	
	einheitlichen Belastung	157
	aa) Das Unternehmen als Vermögens- und Rechtsobjekt	157
	bb) Das Recht am Unternehmen als Gegenstand einer	
	einheitlichen Belastung	159
	(1.) Das Recht am Unternehmen als Immaterialgüterrecht	159
	(2.) Das Recht am Unternehmen in Form des Rechts am	
	eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrich	160
	(3.) Das Recht am Unternehmen als Qualifikation der Beziehung	
	des Unternehmensträgers zum Unternehmen	162
	(4.) Das Recht am Unternehmen in der Form	
	des Nießbrauchs	
	(5.) Zwischenergebnis	168
	c) Das Wesen des Unternehmens als Rechts- und	
	Sachgesamtheit	168
	aa) Die Einordnung des Handelsgeschäfts als Rechts-	
	und Sachgesamtheit	168
	bb) Das heutige Verständnis vom Unternehmen als Rechts-	
	und Sachgesamtheit	
	d) Zwischenergebnis	172
2	. Die Vereinbarkeit mit dem Spezialitätsprinzip	173
	a) Ursprung und Inhalt des Spezialitätsprinzips	173
	b) Ausnahmen und Aufweichungen des Spezialitätsprinzips	174
	aa) Verfügung über Sachgesamtheiten	
	bb) Legislatorische Durchbrechungen des Spezialitätsprinzips	
	(1.) Der Umfang des grundpfandrechtlichen Haftungs-	
	verbandes	178
	(2.) Der Haftungsverband der Schiffshypothek	179
	(3.) Der Haftungsverband des Registerpfandrechts	
	an Luftfahrzeugen	183
	(4.) Das Pfandrecht nach dem Pachtkreditgesetz	188
	c) Zwischenergebnis	
3	Schlussfolgerungen	195

Ш.	Die Ausgestaltung einer Unternehmensbelastung	
	de lege ferenda	.197
	1. Die Rechtsnatur der Unternehmensbelastung	
	2. Der Sicherungsgegenstand	
	a) Die einzelnen Vermögenswerte als	
	"Unternehmenszubehör"	.200
	b) Umfang der Belastungswirkung	.201
	c) Nicht belastbare Vermögenswerte	
	3. Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer	
	a) Sicherungsgeber	
	aa) Freiberufliche Unternehmensträger	206
	bb) Sonstige Einschränkungen des personellen	
	Anwendungsbereichs	208
	b) Sicherungsnehmer	209
	4. Sicherbare Forderungen	
	5. Form- und Publizitätserfordernisse	
	a) Schuldrechtliche Sicherungsabrede zur Bestellung	
	der Unternehmensbelastung	212
	aa) Formerfordernis nach § 311b I I BGB	213
	bb) Formerfordernis nach § 311b III BGB	215
	cc) Formerfordernis de lege ferenda	216
	b) Dingliche Bestellung der Unternehmensbelastung	218
	aa) Die Form der dinglichen Bestellung der Unternehmens-	
	belastung	218
	bb) Die Publizität der Bestellung einer Unternehmensbelastung	219
	cc) Die Rechtswirkung der Registrierung	221
	dd) Das maßgebliche Register	223
	ee) Inhalt der Eintragung und Verantwortlichkeit	227
	für die Registrierung	
	6. Die Rechtswirkungen der Unternehmensbelastung	228
	a) Die Verfügungsfreiheit des Sicherungsgebers	229
	b) Der rechtliche und wirtschaftliche Bestandsschutz	220
	des Sicherungsrechts	230
	aa) Beeinträchtigungen durch den Sicherungsgeber	231
	(1.) Verfügungen des Sicherungsgebers	231
	(2.) Sonstige beeinträchtigende Maßnahmenbb) Beeinträchtigungen durch Dritte	234
	(1.) Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	233
	von Drittgläubigern	235
	(2.) Sonstige beeinträchtigende Maßnahmen	237
	cc) Freigabeanspruch des Sicherungsgebers wegen Übersicherung.	238
	dd) Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit einer bestellten	
	Unternehmensbolastung	240
	ee) Insolvenz des Sicherungsgebers	243

c) Die Position der Drittgläubiger	244
aa) Die ungesicherten Drittgläubiger	
bb) Die gesicherten Drittgläubiger	249
7. Die Verwertung der Unternehmensbelastung	
a) Die Unmöglichkeit einer Zwangsvollstreckung	
in das Unternehmen de lege lata	251
b) Die Verwertung als Summe von Einzelvollstreckungs-	
maßnahmen	252
c) Die Unternehmensexekution nach österreichischem	
Recht	252
d) Die Zwangsverwaltung und Unternehmensverwaltung	
im deutschen Recht	257
aa) Die Zwangsverwaltung von Liegenschaften	
bb) Die Unternehmensverwaltung im Insolvenzverfahren	
e) Die Verwertung der Unternehmensbelastung	
de lege ferenda	262
E. Schlussbetrachtung	268
F. Zusammenfassende Ergebnisse	272
Ŭ	
Literaturverzeichnis	283
Materialverzeichnis	314
Entscheidungsverzeichnis	315
Sachverzeichnis	321